



Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH
60267 Frankfurt am Main
0049/ 69 - 7591 - 0

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 334'928
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.077
Abo-Nr.: 1094524
Seite: 18
Fläche: 18'601 mm²

Die reiche Schweiz will noch mehr Personal sparen

Finanzministerin spricht von 2600 Verwaltungsstellen

du. ZÜRICH, 30. Juni. Seit Jahren erwirtschaftet die Schweiz auf Bundesebene Haushaltsüberschüsse. Im laufenden Jahr wird eine „schwarze Null“ erwartet, danach sind zumindest bis einschließlich 2018 wieder deutlich positive Zahlen geplant. Und nun dies: Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf will den Personalbestand des Bundes um 2600 Stellen kappen. Das sind knapp 8 Prozent der 33 000 Vollzeitarbeitsplätze. Die Aufregung in der Schweiz ist beträchtlich, waren doch bisher 1600 bis 2000 Stellen im Gespräch. Jetzt nimmt Widmer-Schlumpf sogar das Wort „Kündigungen von Beschäftigten“ in den Mund – ein Reizthema gerade in der öffentlichen Verwaltung. Gegner und Unterstützer der Finanzministerin fragen sich, warum die Ressortchefin ohne aktuellen Anlass den Ton verschärft.

Sicher ist, dass an einem Personalabbau auf Bundesebene kein Weg vorbeiführt, nachdem das Parlament in Bern Ende vergangenen Jahres die Regierung aufgefordert hatte, Pläne für einen Abbau der Personalkosten um 300 Millionen Franken im Jahr vorzulegen. Widmer-Schlumpf hatte aber bisher ebenfalls nur eine Verminderung um höchstens 2000 Arbeitsplätze für nötig erachtet. Warum sie jetzt eine höhere Zahl ins Gespräch bringt, konnte ihr Ministerium am Montag auf Presseanfragen nicht erklären. Der Zeitplan ist lang gestreckt. Im Herbst will die Finanzministerin drei mögliche Wege vorlegen, wie das Einsparziel zu erreichen ist. Beginnen soll der Personalabbau, so er denn durchkommt, erst von 2016 an. Schon jetzt

warnet Widmer-Schlumpf aber vor einem „massiven Leistungsabbau“, sollten die 2600 Stellen wegfallen.

Ihre politischen Gegner im konservativen Lager um die Schweizerische Volkspartei (SVP) vermuten denn auch, dass die Ministerin durch die höher angesetzten Zahlen das Projekt frühzeitig scheitern lassen will. Widmer-Schlumpf gehört der kleinen SVP-Abspaltung Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) an und wird immer wieder von den Sozialdemokraten und den Grünen unterstützt. Die Sozialdemokraten sind die zweitstärkste Partei im nationalen Parlament, dem Nationalrat. SVP-Finanzpolitiker vermuten denn auch hinter der „Katastrophenmeldung“ ein „politisches Kalkül“. Hannes Germann, einer ihrer führenden Vertreter, plädiert für Einsparungen mit Augenmaß. Zugleich hielt er fest: „Dieser Kahlschlag ist unrealistisch“. Auf der Gegenseite meinte am Montag der sozialdemokratische Parlamentsabgeordnete Cédric Wermuth, sparen könne man zum Beispiel im Verteidigungsressort. Hingegen müsse in Gebiete wie Bildung, Gesundheit und die Energiewende ganz im Gegenteil in den nächsten Jahren investiert werden. Allerdings ist das Gesundheitswesen schon jetzt einer der in der Beschäftigung am stärksten wachsenden Bereiche in der Schweiz.

Im Gegensatz zum Bund ist die Lage in den 26 Kantonen weniger rosig. Seit 2011 verbuchen sie zusammengenommen ein Defizit. Im vergangenen Jahr betrug es knapp 500 Millionen Franken. Im Bund werden dagegen 300 Millionen Franken durch den Verzicht auf das neue Gripen-Kampfflugzeug frei.